

NAHOST

„Wir helfen Reformern“

Heidmarie Wieczorek-Zeul, 64, SPD-Entwicklungsministerin, über deutsche Millionen für Syrien

SPIEGEL: Sie kommen gerade aus Syrien zurück, wo Sie 44 Millionen Euro an Hilfe zugesagt haben. Warum so viel Geld für einen „Schurkenstaat“?

Wieczorek-Zeul: Ich habe mir die amerikanischen Begriffe nie zu eigen gemacht. Syrien spielt im Nahen Osten eine wichtige Rolle, so oder so. Es ist doch besser, wir helfen denjenigen, die Reformen von der Planwirtschaft hin zu einer rechtsstaatlich verankerten Marktwirtschaft wollen. Boykott und Sanktionen bewirken nur das Gegenteil.

SPIEGEL: Im Libanon-Konflikt 2006 spielte Syrien mit der Unterstützung der Hisbollah eine zentrale Rolle. Wird das jetzt mit deutschem Geld belohnt?

Wieczorek-Zeul: Unsinn. Syrien weiß, dass es die Souveränität des Libanon respektieren muss. Das habe ich auch bei allen Gesprächen im Land deutlich gemacht.



Wieczorek-Zeul

SPIEGEL: Wofür geben Sie so viel Geld?
Wieczorek-Zeul: Wir beraten unter anderem bei der notwendigen Privatisierung von Unternehmen und der Öffnung der Wirtschaft. Das Motto ist Wandel durch Zusammenarbeit.

SPIEGEL: Man hätte mehr Verständnis, wenn Syrien durch eigenes Friedensengagement aufgefallen wäre.

Wieczorek-Zeul: Ich habe die syrischen Verantwortlichen aufgefordert, sich konstruktiv in den Nahost-Friedensprozess einzubringen. Ich finde, sie sollten an der Nahost-Friedenskonferenz im Herbst teilnehmen. Dass Syrien auch konstruktiv sein kann, zeigt sich an seinem Umgang mit 1,4 Millionen Irak-Flüchtlingen. Seine Grenzen sind immer noch für sie offen. Eine enorme Leistung. Wer alles immer nur durch die Anti-Terror-Brille sieht, verstellt sich Möglichkeiten.

SPIEGEL: Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckart von Klæden, findet, Sie seien Syriens Präsident Assad „auf den Leim gegangen“.

Wieczorek-Zeul: Dann soll er sich doch mal mit Joachim Hörster, Nahost-Berichterstatte der Unionsfraktion, unterhalten. Der war auf der Reise dabei und hat sie als „dringend nötig“ und „erfolgreich“ bezeichnet.

LINKE

Schlag für Brie

Nach seiner heftigen Kritik an Partei- und Fraktionschef Oskar Lafontaine hat den linken Europa-Abgeordneten André Brie offenbar ein Vergeltungsschlag ereilt. Brie hatte Lafontaine in einem SPIEGEL-Interview (31/2007) bescheinigt, „psychologisch in einer schwierigen Situation“ zu sein, und ihn gewarnt, die Linke in eine „Feindschaft“ zur SPD zu führen. Wenige Tage nach dem Erscheinen des Interviews wurde Brie telefonisch mitgeteilt, dass man auf zwei Beiträge von ihm zu Afghanistan in Blättern der Fraktion verzichte. Brie nennt den Vorgang „makaber und dumm“. Es sei wohl noch nicht allen klar, dass man „in einer offenen Gesellschaft“ lebe und er jederzeit seine Position zum Thema publizieren könne. Politische Verantwortung für die Fraktionsblätter trägt der Lafontaine-Vertraute Ulrich Maurer, den Brie ebenfalls attackiert hatte. Maurer spricht von Änderungen bei der „redaktionellen Planung“. Man habe „ein Überangebot an Textvorschlägen zu einem Thema“ gehabt, werde aber „bei nächster Gelegenheit“ auch etwas von Brie veröffentlichen.